



GK-Zusammenfassung gewerbliche Berufsschule BW für Bildungsplan ab 2016 Allgemeine Informationen zur Prüfung in Gemeinschaftskunde:

1. Manche Schüler erzielen in der GK-Prüfung ein deutlich schlechteres Ergebnis als bei Klassenarbeiten. Dies liegt in den meisten Fällen daran, dass **die Fragestellung nicht korrekt gelesen wird.**

Kreuze die korrekte Antwort für die Frage an: Welches Problem bringt der Demographische Wandel mit sich?

- 1. Es werden immer weniger Kinder geboren. Deswegen wird die Gesellschaft immer älter.
- 2. Es müssen immer weniger jüngere Menschen die Rente der älteren Menschen bezahlen. Dies kann dazu führen, dass das Rentensystem nicht mehr finanzierbar ist.

Frage dich also immer: Habe ich die Frage richtig beantwortet? Probleme und Ursachen nicht verwechseln!!!

2. Achten Sie bei Schaubildern auf die Überschrift und die Zeilen unter dem Schaubild. Z.B. verwechseln Sie nicht Wahlberechtigte mit Wahlbeteiligung (Winter 2022/23).
3. In der Aufgabe werden nahezu immer Wörter wie „1.nennen, 2.erklären, erörtern, beschreiben, 3.beurteilen verwendet.
Bsp.: Erklären Sie zwei Voraussetzungen demokratische Wahlen.
Antwort: Wahlen müssen geheim und frei sein (*nennen*). Dies bedeutet, dass niemand herausbekommen kann, wem ich meine Stimme gegeben habe. Ebenfalls kann mich niemand dazu zwingen an der Wahl teilzunehmen (*erklären*).
4. Schreiben Sie ganze Sätze und achten Sie auf eine korrekte Nummerierung der Aufgaben. Z.B. 1.1 1.2 1.3.1 1.3.2 1.4
5. *Schauen Sie ganz unten auf dem Aufgabenblatt, ob Begriffe erklärt werden.
*Demografischer Wandel =
6. **Nutzen Sie die komplette Prüfungszeit von 60 min!!!**

Inhaltsverzeichnis

1. *Inhalte aus den Lehrjahr 1*
2. *Inhalte aus den Lehrjahr 2*
3. *Inhalte aus den Lehrjahr 3*
4. *Mögliche Prüfungsthemen (nach meiner Einschätzung)*
5. *Wie beschreibe ich Schaubilder / Wie interpretiere ich eine Karikatur?*



GK-Zusammenfassung gewerbliche Berufsschule BW für Bildungsplan ab 2016

1. Inhalte aus den Lehrjahr 1

Lebensformen und Familienformen

Traditionelle Familie = verheiratet und Kinder

Singlehaushalte = alleinstehend

Patchworkfamilie = von unterschiedlichen Eltern stammende Kinder leben zusammen (Z.B. Mutter Karin mit Tocher Anna lebt zusammen mit Vater Thomas und Sohn Max)

Eingetragene Lebenspartnerschaft = Paare, die nicht verheiratet sind, aber ihre Beziehung bei einem Amt eintragen lassen

In Deutschland nehmen die folgenden Lebensformen zu:

- Alleinstehend
- Lebensgemeinschaft (nicht verheiratet oder eingetragene Partnerschaft) ohne Kinder
- alleinerziehend

Gründe:

- Karriere geht vor Familie
- Toleranz gegenüber neuen Lebensformen
- Lebenshaltungskosten sind hoch (Kinder sind teuer)

Kritik an fehlender staatlicher Unterstützung diskutieren können:

- der Staat baut zu wenige Kindergärten
- der Staat soll die Teilzeitarbeit (betrifft vor allem Frauen mit Kindern) besser fördern
- der Staat sollte Ganztagschulen und Kindergärten anbieten, damit die Eltern arbeiten können

Bisher fördert der Staat die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** mit den folgenden Mittel

- Mutterschutz
- Kindergeld
- Elternzeit
- Wohngeld
- Kita
- Bildungsangebote

Verdienstunterschiede zwischen Mann und Frau:

- Woher kommt der Unterscheid: veraltetes Rollenbild (Mann geht arbeiten, Frau bleibt daheim und passt auf die Kinder auf)
- Frauen arbeiten oft in sozialen Berufen die schlecht bezahlt sind
- Frauen arbeiten oft nur 50% (Teilzeit) und verdienen so weniger
- Frauen kommen oft nicht in hohe Führungspositionen, da die Männer lieber andere Männer einstellen → deshalb gibt es eine Frauenquote in Führungspositionen für sehr große Konzerne mit dem Sitz in Deutschland.



GK-Zusammenfassung gewerbliche Berufsschule BW für Bildungsplan ab 2016

Was kann der Staat dagegen tun:

- Frauenquote einführen (eine gewisse Anzahl an Stellen müssen mit Frauen besetzt werden)
- Erziehung: Mädchen sollen sich auch für Technik begeistern (Spielzeug im Kindergarten)
- Gleichberechtigung in der Familie: Männer nehmen ebenfalls Elternzeit.
- Der Staat kann vorschreiben, dass die Elternzeit gleichverteilt zwischen Mutter und Vater genommen werden muss, um das maximale Elterngeld zu bekommen → finanzieller Anreiz zur Gleichstellung.

Vorsicht: Oft werden die Begriffe Gleichberechtigung und Gleichstellung unterschiedlich verwendet. Gleichberechtigung = gleiche Rechte vor dem Gesetz. Gleichstellung = Frauen und Männer werden durch Quoten gleichmäßig verteilt.

Strukturwandel der Gesellschaft

Demografischer Wandel = es gibt immer mehr ältere und immer weniger jüngere Menschen. Somit wird auch mehr Politik für die älteren Menschen gemacht. Z.B. sind die Renten für die jungen Menschen nicht mehr sicher (Generationenvertrag: Die junge Generation zahlt die Renten der alten Generation. Gibt es aber mehr alte als junge Menschen funktioniert das System nicht mehr)

→ Vorsicht: nicht demokratischer Wandel sondern **demografischer Wandel!!!!**

Lösungen:

- Mehr Kinder (muss der Staat fördern: höheres Kindergeld; mehr Kindergärtenplätze)
- Migration (der Staat muss Integrationsmaßnahmen fördern)
- Wir müssen mehr arbeiten oder länger arbeiten

Ursachen und Folgen von Migration:

Ursachen:

- Wirtschaftlich: Bevölkerungsentwicklung (junge Menschen finden keinen Job)
- Politisch: Unterdrückung durch eine Diktatur oder terroristische Gruppen
Verfolgung aufgrund von Religion oder Homosexualität
Flucht wegen eines Krieges

Folgen:

Die Geflüchteten suchen in reichen Ländern ein besseres Leben

Die meisten Geflüchteten leben jedoch in einem Flüchtlingslager in Länder wie Jordanien und Pakistan. Auch innerhalb der EU leben Geflüchtete in Lagern mit Zelten (z.B. in Griechenland)

Politische und gesellschaftliche Probleme in Verbindung mit Migration:

In Deutschland sind viele Menschen aus Ländern, in denen es im Jahr 2025 keine direkte Bedrohung des eigenen Lebens gibt (sichere Herkunftsländer). Eine erzwungene Rückführung dieser Menschen scheitert oft an der Mitarbeit der Herkunftsländer (z.B. Syrien). Ebenfalls sind die Menschen oft nur für gewisse Zeit in Deutschland „geduldet“ und haben keine Arbeitsgenehmigung. Eine Arbeitsgenehmigung zu erhalten ist meist sehr kompliziert. Gleichzeitig sind die Bedingungen in Deutschland als „geduldete“ Person besser als in anderen Nachbarländern. Dies führt dazu, dass Deutschland das Ziel vieler Flüchtlinge ist, die



GK-Zusammenfassung gewerbliche Berufsschule BW für Bildungsplan ab 2016

nicht arbeiten und von Sozialhilfe leben. Zusätzlich hat sich gezeigt, dass die Integrationskurse oft daran scheitern, dass ausschließlich Menschen zusammenkommen, die nicht deutsch sprechen. Das führt zum Gegenteil von Integration.

Idee zur Bekämpfung der Probleme: Arbeitsgenehmigungen sofort erteilen und Ablehnung von Arbeitsplätzen sanktionieren (weniger Sozialhilfe bekommen).

→ Anreize zur Annahme von Arbeit ermöglichen (Arbeitsgenehmigungen) einfordern (weniger Sozialhilfe bei Arbeitsverweigerung). Zurzeit herrschen leider genau gegenteilige Bedingungen.

Begriff: Binnenwanderung / Binnenmigration: Migration innerhalb eines Landes z.B. von Ostdeutschland nach Westdeutschland (Heute).

Der Sozialstaat: Der Staat kümmert sich um die Bürger mit den folgenden Mitteln:

Sozialversicherung: Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung

Chancen und Risiken der Digitalisierung

Chancen:

- Die Arbeit wird einfacher, weil eine Maschine die Arbeit übernimmt
- Es entstehen neue Arbeitsplätze
- Menschen können von daheim arbeiten und sparen sich den Weg zur Arbeit

Risiken:

- Jobs, die durch eine Maschine ersetzt werden können, fallen weg → Arbeitslose
- Menschen kommunizieren nur noch digital
- Privatleben und Job wird nicht strikt getrennt → immer erreichbar über das Handy

Facebook und Instagram kontrollieren unsere Meinung

Bubble / Filterblase = Uns werden nur Meinungen angezeigt, die zu unserer eigenen Meinung passen. Wir sehen nicht, dass andere Menschen eine andere Meinung haben.

Die Macht von Meta (Facebook und Instagram) ist so groß, dass Sie Wahlen beeinflussen können und somit stellen Sie eine Gefahr für die Demokratie dar.

Jedoch können die sozialen Medien auch dazu führen, dass sich Menschen austauschen und sich gegen eine Diktatur stellen. Dies ist z.B. 2010 in Ägypten und Tunesien passiert.

Chat GPT:

Dies ist eine künstliche Intelligenz, die Fragen zu allen Themen beantworten, oder ganze Hausarbeiten schreiben kann.

Die Software ist sehr gut und kann unter Umständen einige Jobs besser übernehmen als Menschen. Z.B. im Kundenservice kann der Chatbot Fragen von Kunden beantworten. Dies könnte eine Gefahr für die Arbeitsplätze darstellen. Gleichzeitig ist die künstliche Intelligenz eine Chance für Schüler und Studenten, um Lerninhalte erklärt zu bekommen.



GK-Zusammenfassung gewerbliche Berufsschule BW für Bildungsplan ab 2016 2. Inhalte aus den Lehrjahr 2

Politikverdrossenheit

Vor allem junge Menschen haben ein geringes Interesse an der Politik. Dies zeigt sich z.B. an einer geringeren Wahlbeteiligung. Ältere Menschen gehen eher wählen und haben somit mehr Einfluss auf die Politik. Unter Umständen führt dies dazu, dass eher Politik für die älteren Wähler gemacht wird (Z.B. mehr Rente). Themen für die Junge Wähler wie z.B. Bildung oder Umweltschutz werden vernachlässigt. Der Unterschied zwischen den jüngeren und älteren Wählern lässt sich auch am Wahlergebnis erkennen. Junge Menschen wählen eher die Parteien die Grüne oder die FDP. Ältere Menschen wählen eher SPD und CDU. Bei der AfD gibt es keine altersabhängige Wählerschaft.

Partizipation und politischer Entscheidungsprozess

Es gibt viele Möglichkeiten sich innerhalb der Demokratie seine Meinung zu vertreten.

- Wahlen (**wichtiges Prinzip einer Demokratie**)
- Demonstration teilnehmen (angemeldete legale Demonstration oder illegal wie z.B. festkleben auf der Straße)
- Leserbriefe schreiben
- Über Social Media diskutieren

...

Wahlen: Demokratische Wahlen müssen Wahlgrundsätzen entsprechen.

Wahlgrundsätze:

- Frei (freiwillige Teilnahme)
- Gleich (jede Stimme zählt gleich)
- Geheim (niemand weiß, wen ich wähle)
- Direkt (ich wähle immer eine Person ohne einen Umweg über einen Wahlmann wie in den USA)
- Allgemein (unabhängig von Geschlecht, Religion, Hautfarbe...)

Nennen und beschreiben Sie drei Grundprinzipien einer Demokratie (Prüfungsfrage)

Nennen:

- **Gewaltenteilung in der Gesetzgebung.**
- **Demokratische Wahlen werden durchgeführt**
- **Menschenrechte werden eingehalten**

Beschreiben: Siehe Beschreibungen weiter oben

Lobbyismus

Firmen, Verbände oder Vereine versuchen ihre Interessen gegenüber der Politik zu vertreten. Dies kann einerseits als Beratung der Politik angesehen werden und ist somit wichtig für gute Gesetze. Oft müssen Politiker über Themen abstimmen, von denen sie wenig Ahnung haben. Dann sind diese Politiker auf die Beratung der fachkundigen Berater angewiesen. Jedoch versuchen die Lobbyisten ihre Interessen nur zu ihrem eigenen Vorteil zu vertreten. Dies kann man als negative Beeinflussung bezeichnen, da nicht die Interessen des Volkes, sondern die Interessen der Firmen (Lobbyisten) im Mittelpunkt stehen.



GK-Zusammenfassung gewerbliche Berufsschule BW für Bildungsplan ab 2016

Inzwischen gibt es ein Lobbyregister, damit alle sehen können, welche Lobbyisten es gibt und was deren Ziele sind. Jedoch wird nicht aufgelistet, über was die Politiker mit den Lobbyisten sprechen.

Gewaltenteilung (wichtiges Prinzip einer Demokratie)

Die Gewaltenteilung in Deutschland ist ein grundlegendes Prinzip des demokratischen Rechtsstaats. Sie teilt die Staatsgewalt auf drei unabhängige Gewalten auf: Legislative (Gesetzgebung → Bundestag), Exekutive (Regierung → Kanzler und Minister) und Judikative (Rechtsprechung → Bundesverfassungsgericht). Jede Gewalt hat ihre eigenen Aufgaben und Befugnisse, um gegenseitige Kontrolle und Gleichgewicht zu gewährleisten.

Entwicklung der Demokratie in Deutschland

Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) 1949: Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Herrschaft der Nationalsozialisten wurde 1949 die Bundesrepublik Deutschland als demokratischer Staat gegründet. Das Grundgesetz (GG) trat am 23. Mai 1949 in Kraft und legte die Grundwerte der neuen Demokratie fest: Menschenwürde, Grundrechte, Gewaltenteilung und das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Das Grundgesetz sollte bewusst verhindern, dass sich die Fehler der Weimarer Republik (die zur Machtergreifung Hitlers führten) wiederholen.

Die DDR – ein Gegenbild zur Demokratie: Während die BRD eine parlamentarische Demokratie aufbaute, entstand im Osten Deutschlands die Deutsche Demokratische Republik (DDR) als sozialistischer Staat unter Führung der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands). Die DDR war keine echte Demokratie: freie Wahlen gab es nicht, politische Gegner wurden verfolgt und eingesperrt (Stasi = Staatssicherheitsdienst), die Reise- und Meinungsfreiheit war stark eingeschränkt. Menschen, die die DDR verlassen wollten, wurden erschossen (Berliner Mauer, 1961–1989).

Überwindung der Diktatur und Wiedervereinigung 1990: Die friedliche Revolution in der DDR (Herbst 1989) zeigte, wie Bürger durch Demonstrationen („Wir sind das Volk“) politische Veränderungen erkingen können. Der Mauerfall am 9. November 1989 leitete das Ende der DDR ein. Am 3. Oktober 1990 erfolgte die Deutsche Wiedervereinigung. Die neuen Bundesländer übernahmen das Grundgesetz und die demokratischen Strukturen der BRD.

Innenpolitische Reformen zur Demokratisierung: In der BRD gab es wichtige Reformen, die die Demokratie vertieften – z.B. die Ostpolitik unter Willy Brandt (Annäherung an die DDR), die Studentenbewegung 1968 (mehr Bürgerbeteiligung, Aufarbeitung der NS-Zeit) sowie später das Frauenwahlrecht und Gleichstellungsgesetze.

Extremismus und Populismus

Extremismus = Politische Positionen, die die demokratische Grundordnung ablehnen und auf deren Abschaffung abzielen. Extremisten wollen die Demokratie durch eine andere Staatsform ersetzen (Diktatur, kommunistischen Staat etc.).

Populismus = Politischer Stil, bei dem Politiker behaupten, ausschließlich „das wahre Volk“ zu vertreten, und dabei gegen eine angebliche Elite hetzen. Populisten vereinfachen komplexe Probleme stark und nutzen Vorurteile und Ängste der Menschen aus. Populismus gefährdet die Demokratie, weil er Minderheiten ausgrenzt und das Vertrauen in demokratische Institutionen untergräbt (z.B. AfD in Deutschland, Trump in den USA).

Strategien gegen Extremismus und Populismus:

1. Politische Bildung: Aufklärung über Extremismus und seine Gefahren (z.B. in der Schule)
2. Medienkompetenz: Falschinformationen erkennen und kritisch hinterfragen



GK-Zusammenfassung gewerbliche Berufsschule BW für Bildungsplan ab 2016

3. Zivilgesellschaftliches Engagement: Gegen Extremismus demonstrieren, Beratungsstellen unterstützen (z.B. Aussteigerprogramme)
4. Staatliche Maßnahmen: Parteienverbot (wenn Partei die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet und groß genug ist), Verfassungsschutz überwacht extremistische Gruppen

Gefährdungen der Demokratie

Die Demokratie ist eine sehr verwundbare Staatsform, da sie immer die Beteiligung der eigenen Bürger voraussetzt. Wenn die Bürger den Glauben an die Demokratie verlieren, kann sich die Demokratie selbst abschaffen. Dies ist in Deutschland während der Zeit der Nationalsozialisten unter Hitler passiert. In Russland werden politische Gegner verfolgt und ins Gefängnis gesperrt. Dies verhindert, dass es zu einem Wechsel der Macht kommt.

In Deutschland gibt es rechte und linke Gruppen, welche die Demokratie beseitigen wollen, um ihre politischen Ziele durchzusetzen.

Rechte Gruppen haben das Ziel sich gegen ausländische Wirtschaft und Kultur abzugrenzen. Dies führt zu einer rassistischen Gesellschaft und einer schwachen Wirtschaft (da wir in Deutschland abhängig sind von Exporten).

Linke Gruppen wollen eine Klassenlose Gesellschaft, in der jeder Mensch unabhängig von seiner Leistung gleich wohlhabend sein sollte. Dies führt zu einer schwachen Wirtschaft, da sich Leistungsstarke ins Ausland absetzen. In der ehemaligen DDR und der Sowjet.-Union wurden Menschen, die das Land verlassen oder frei ihre Meinung gesagt haben eingesperrt.

Allgemein lässt sich festhalten, dass es die Demokratie nicht umsonst gibt. Sie erfordert eine Beteiligung von uns Bürgern.

Soll die NPD verboten werden?

Parteien, welche die demokratische Grundordnung abschaffen wollen können verboten werden. Dennoch muss die Partei groß genug sein, um eine Gefahr für die Demokratie darzustellen. Dies führt dazu, dass die relativ kleine Partei NPD nicht verboten werden kann. Dennoch wird die NPD von der Parteienfinanzierung ausgeschlossen. Sie bekommt also kein Geld vom Steuerzahler.

Gut, dass, die NPD nicht verboten wird: Die NPD kann öffentlich arbeiten und wird nicht in den Untergrund gedrückt. Es wäre zu erwarten, dass die Mitglieder noch extremer werden und sogar Gewalt als Mittel ihrer Politik einsetzen.

Schlecht, dass die NPD nicht verboten wird: Sie kann weiterhin ihre rassistischen Meinungen öffentlich vertreten.

Menschenrechte (wichtiges Prinzip einer Demokratie) → Lieferkettengesetz

Menschenrechte gelten für alle Menschen; Bürgerrechte gelten nur für die Bürger eines Landes. Das Problem mit den Menschenrechten ist, dass es keinen übergeordneten Staat gibt, der die Menschenrechte überwacht. Wenn jedoch ein Diktator massiv Menschenrechte verletzt, kann er vor ein Gericht für Menschenrechte gebracht werden. Jedoch erkennen viele Staaten dieses Gericht nicht an (z.B. Russland und die USA).



GK-Zusammenfassung gewerbliche Berufsschule BW für Bildungsplan ab 2016

Die wichtigsten Menschenrechte sind:

1. Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person
2. Freiheit von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe
3. Freiheit von Sklaverei und Zwangsarbeit
4. Recht auf Meinungsfreiheit, Gedankenfreiheit und Religionsfreiheit
5. Gleichheit vor dem Gesetz und Schutz vor Diskriminierung
6. Recht auf Arbeit, Bildung und soziale Sicherheit
7. Recht auf Privatsphäre und Schutz personenbezogener Daten
8. Recht auf eine gerechte Gerichtsverhandlung und ein faires Verfahren
9. Recht auf Asyl

Grundrechte im Grundgesetz (GG) vs. UNO-Menschenrechtserklärung:

Die Grundrechte im Grundgesetz (Art. 1–19 GG) sind einklagbare Rechte, die in Deutschland gelten und vom Bundesverfassungsgericht geschützt werden. Sie gelten unmittelbar als geltendes Recht (z.B. Art. 1 GG: Die Würde des Menschen ist unantastbar).

Die UNO-Menschenrechtserklärung (1948) gilt weltweit, ist aber kein direkt einklagbares Recht, sondern eine politische Verpflichtung der Mitgliedstaaten. Sie hat keine direkte Rechtskraft wie das Grundgesetz. Gemeinsamkeit: Beide schützen die Würde des Menschen und grundlegende Freiheiten.

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR): Sitz in Straßburg. Bürger aller Mitgliedstaaten des Europarats (nicht EU!) können dort klagen, wenn ihre Menschenrechte durch ihren eigenen Staat verletzt wurden – aber erst nachdem alle nationalen Rechtsmittel ausgeschöpft wurden. Der EGMR ist bindend für alle Mitgliedstaaten (anders als der UNO-Gerichtshof). Beispiel: Deutschland wurde vom EGMR wegen zu langer Gerichtsverfahren verurteilt.

Grundrechtskonflikte und Handlungsmöglichkeiten: Manchmal stehen Grundrechte in Konflikt miteinander (z.B. Meinungsfreiheit vs. Persönlichkeitsrecht). In solchen Fällen muss abgewogen werden, welches Recht überwiegt. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet solche Fälle. Bürger können Verfassungsbeschwerde einlegen, wenn sie ihre Grundrechte verletzt sehen.



GK-Zusammenfassung gewerbliche Berufsschule BW für Bildungsplan ab 2016 Inhalte aus dem 3. Lehrjahr

Europäische Union

Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt nach Jahrhunderten von Kriegen in Europa. Inzwischen ist die EU jedoch viel mehr als das. Sie ist eine Wirtschaftsunion und gibt Gesetze vor die in den Mitgliedsländern umgesetzt werden müssen (Die Umsetzung ist Sache der Länder. Ein EU-Gesetz zum Brandschutz wird in Deutschland viel strenger umgesetzt als in anderen Nationen). Dies führt teilweise dazu, dass die EU als Organisation abgelehnt wird (AfD- Parteiposition). Meiner Meinung nach liegen die Probleme der EU jedoch in der teilweisen übertriebenen Umsetzung von Gesetzen in den Mitgliedsländern. Dies lässt sich vor allem bei großen Bauprojekten in Deutschland erkennen (z.B. Flughafen Berlin-Brandenburg).

Wichtige Etappen der europäischen Einigung:

- **Römische Verträge (1957):** Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) durch Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg. Ziel: gemeinsamer Markt, freier Waren- und Personenverkehr.
- **Schengener Abkommen (1985/1995):** Abschaffung der Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedstaaten. Heute reist man innerhalb der Schengen-Zone (26 Länder) ohne Passkontrolle. Nicht alle EU-Staaten sind im Schengen-Raum (z.B. Irland).
- **Vertrag von Maastricht (1992):** Gründung der Europäischen Union (EU). Einführung der gemeinsamen Währung (Euro, ab 2002 Bargeld), gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, EU-Bürgerschaft. Der Vertrag vertiefte die politische Integration deutlich über eine reine Wirtschaftsunion hinaus.

Die EU hat die folgenden Organe:

- **EU Parlament** (Straßburg und Brüssel, Haushalt und wird als einziges Organ gewählt)
- EU Kommission (Brüssel, macht Gesetzesvorschläge)
- Rat der Europäischen Union (Brüssel, Minister der Länder machen Gesetzesvorschläge)
- EU-Rat (Brüssel, Regierungschefs z.B. Kanzler Scholz und Macron legen die grundsätzlichen Ziele der EU fest)
- EU-Gerichtshof (Luxemburg, überwacht die Mitgliedsländer)
- EZB (Europäische Zentralbank)

Demokratiedefizit (wichtig)

Die Bürger in der EU wählen ausschließlich das EU-Parlament. Trotzdem hat das EU-Parlament nicht die Möglichkeit eigene Gesetze vorzuschlagen. Nach den letzten EU-Wahlen wurde nicht der Spitzenkandidat der Fraktion (ähnlich wie Partei) zum Präsidenten der EU-Kommission gewählt, sondern auf Druck des französischen Präsidenten (Macron) wurde Frau von der Leyen gewählt.

Demokratie in der Welt (Diktaturen und Demokratien)

Falls Begriff Autokratie auftaucht: Autokratie = Diktatur

Autokratie; Diktatur: Herrschaft eines Einzelnen oder einer kleinen Gruppe ohne eine Beteiligung der Bevölkerung. VORISCHT: Auch in Ländern in denen Wahlen stattfinden können Diktaturen sein, weil die Kandidaten für die Wahl nicht zugelassen werden (z.B. Russland) oder die Wahl gefälscht wird (z.B. Belarus = Weißrussland; afrikanische Länder)



GK-Zusammenfassung gewerbliche Berufsschule BW für Bildungsplan ab 2016

- Demokratie:** Das Volk wählt seine Vertreter (in Deutschland: Bundestag, Landtag, Gemeinderat und Bürgermeister, EU-Parlamentswahlen → geringe Wahlbeteiligung bei EU-Wahl) Begriff: vertreten= repräsentativ
- Direkte Demokratie:** Die Bürger entscheiden direkt über ein Thema mit Ja oder Nein. Zum Beispiel: Sollte die Massentierhaltung in der Schweiz verboten werden? Direkte Demokratie findet meist in der Schweiz statt oder in Deutschland innerhalb einer Stadt. Wie z.B. in Berlin: Soll der Flughafen Tempelhof als Wohngebiert oder als Park dienen? Der bekannteste Bürgerentscheid war der Stuttgart 21 im Land Baden-Württemberg. Bürger stimmten mit Ja zum Bahnhof.

Globalisierung Ursachen und Folgen

Globalisierung = Verflechtung von Wirtschaft, Kultur und Gesellschaften auf der ganzen Welt.

Ursachen:

- Einfache Kommunikation über das Internet
- Günstige Transporte von Waren über Containerschiffe
- Politische Zusammenarbeit unterschiedlicher Nationen (Handelsabkommen, gleiche Standards...)

Folgen:

- Schlechte Arbeitsbedingungen in Ländern wie Bangladesch, Indien... (Bekleidungsindustrie)
- Umweltverschmutzung durch lange Transportwege (günstige Tomaten aus China werden anstelle von italienischen Tomaten gekauft → oft nicht erkennbar)
- Kulturen vermischen sich. In Deutschland gibt es Brauhäuser, Pizzeria, Asiatische Küche...

Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit = die Ressourcen der Welt werden so genutzt, dass künftige Generationen ebenfalls so leben können wie wir es heute können.

Der Begriff kann aber auch außerhalb des Naturschutzes verwendet werden. Z.B. bietet eine nachhaltige Produktion gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.



GK-Zusammenfassung gewerbliche Berufsschule BW für Bildungsplan ab 2016

UNO

Die Vereinten Nationen (VN oder UNO) sind eine internationale Organisation mit 193 Mitgliedsstaaten, die 1945 gegründet wurde. Ihr Ziel ist es, internationale Zusammenarbeit und Frieden zu fördern, sowie Menschenrechte zu schützen, Armut zu bekämpfen, Umweltschutz zu fördern und humanitäre Hilfe zu leisten. Die Vereinten Nationen verfügen über verschiedene Organe und Programme, darunter die Generalversammlung, den Sicherheitsrat, das Sekretariat, den Internationalen Gerichtshof und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

UN-Sicherheitsrat und das Problem mit dem VETO

Im UN-Sicherheitsrat sitzen 5 Ständige Mitglieder, die ein Vetorecht gegen alle Entscheidungen haben. Diese 5 Staaten sind:

- USA
- Russland
- China
- Frankreich
- Großbritannien

Wenn einem Staat eine Entscheidung nicht passt, kann dieser die Entscheidung blockieren. Da die großen Staaten der Welt (USA, Russland, China) jedoch in nahezu allen Belangen unterschiedliche Meinungen haben, lassen sich keine Entscheidungen treffen.

NATO → s. Prüfungsthemen

NGO

Nichtregierungsorganisationen (NROs) oder im Englischen Non-Governmental Organisations (NGOs) sind private Gruppen, Vereine oder Verbände, die unabhängig von Regierungen und staatlichen Einrichtungen sind.

Z.B.

- Brot für die Welt (organisiert Nahrungsmittel für Länder mit schlechter Versorgung)
- Amnesty international (untersucht Menschenrechtsverletzungen)
- Greenpeace (setzt sich für Umweltschutz ein)



GK-Zusammenfassung gewerbliche Berufsschule BW für Bildungsplan ab 2016

5. Wie beschreibe ich Schaubilder / Wie interpretiere ich eine Karikatur?

Schaubild:

1. Überschrift und Quelle
2. Achsenbeschreibung
3. Allgemeine Aussage des Schaubilds (z.B. das Alter der Wähler wird immer höher)
4. Einzelne Daten nennen, welche 3. Unterstützen

Karikatur

1. Beschreiben (Was sehe ich)
2. Deuten (Wer/Was sollen die Personen / Gebäude ... darstellen)
3. Interpretieren (Was sagt die Karikatur aus?)
4. Eigene Meinung (wie stehst du zu der Aussage der Karikatur)